

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/3745



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
schleswig - holstein

Muhliusstr. 65  
24103 Kiel  
Telefon: 0431.665066  
Telefax: 0431.675084  
E-Mail: jugend@dbbsh.de  
Web: www.dbbjsh.de

dbb jugend schleswig-holstein | Muhliusstr. 65 | 24103 Kiel

Wirtschaftsausschuss des Landtags  
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Per E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Kiel, 19.03.2020

**Stellungnahme zum Antrag „Mindestlohn auch für Jugendliche“  
Ihr Schreiben vom 7. Februar 2020**

Sehr geehrter Herr Dr. Tietze,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Gern übermitteln wir Ihnen die Position der dbb jugend schleswig-holstein.

Die Ausnutzung junger Menschen als „Billigarbeitskräfte“ darf weder durch bestehende Rechtsvorschriften ermöglicht noch in der Praxis toleriert werden. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, die Lage stets kritisch im Blick zu haben.

Ungeachtet dessen ist eine differenzierte Betrachtung angezeigt. Wenn die Arbeit der Bestreitung des Lebensunterhaltes dient, ist durchaus eine andere Bewertung denkbar als wenn es um die Aufbesserung des Taschengeldes geht.

Vor diesem Hintergrund sind diesbezüglich die geltenden Regelungen des Mindestlohngesetzes zumindest nicht eindeutig abwegig.

Für die dbb jugend ist zudem bedeutsam, dass jede (Mindest-)Lohndebatte das ergänzende Ziel berücksichtigen sollte, dass Qualifikation sich lohnen muss. Dies erfordert nicht nur motivierende Ausbildungsentgelte (und Anwärterbezüge) sondern auch attraktive Einstiegsgehälter. Hier ist im öffentlichen Dienst und in Teilen der Privatwirtschaft – jedoch nicht in allen Branchen bzw. Berufen - bereits eine positive Entwicklung zu verzeichnen.



**dbb**  
beamtenbund  
und **tarifunion**  
schleswig - holstein

Auch die Reform des Berufsbildungsgesetzes, die eine Mindestausbildungsvergütung beinhaltet, stellt einen sinnvollen Baustein dar.

Wir empfehlen, zunächst eine Evaluation der bestehenden Regelungen einzufordern, um auf der Grundlage der Ergebnisse sachgerechte Anpassungen der Rechtslage zu initiieren. Dabei sollte auch die Situation der Praktikantinnen und Praktikanten und der schulischen Ausbildungen einbezogen werden; hier besteht nach unserer Wahrnehmung durchaus Optimierungsbedarf im Sinne unserer vorstehenden Hinweise.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kristin Seifert  
dbb Jugendvorsitzende

f.d.R. Susanne Schulz  
Bildungsreferentin